



<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>  AfD-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	<b>2019/0804</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez. 5</b>

**Klimanotstand in Karlsruhe: Der Karlsruher Gemeinderat spricht sich für den übergangsweisen Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Philippsburg aus**

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>24.09.2019</b>	<b>38</b>	<b>x</b>	

**Kurzfassung**

Die Nettostromerzeugung aller Kernkraftwerke in Deutschland betrug 2018, wie schon im Jahr zuvor, 72,2 TWh. Das KKW Philippsburg hat hieran einen Anteil von rund 15% (11 TWh).

Es ist richtig, dass zum nicht-fossilen Anteil der Stromerzeugung neben den erneuerbaren Energien auch die Kernenergie zählt, deren Rückgang zunächst einen CO<sub>2</sub>-Anstieg durch andere Energieerzeuger auslösen könnte. Allerdings produzierten die erneuerbaren Energiequellen 2018 bereits rund 219 TWh. Damit erzielten diese einen Anteil von über 40 Prozent an der öffentlichen Nettostromerzeugung. Solar- und Windenergieanlagen erreichten dabei 2018 Werte von 157 TWh. Nach vorläufigen Schätzungen liegt der Anteil an erneuerbaren Energien im ersten Halbjahr 2019 bei 44 Prozent. Damit setzt sich die positive Entwicklung CO<sub>2</sub>-freier erneuerbarer Energien fort.

2018 wurde in Deutschland zudem ein Exportüberschuss an Strom von ca. 47,6 TWh erzielt, der über den bestehenden Netzverbund in Nachbarländer weitergeleitet wurde.

(Datenquellen: AGEE-Stat und Fraunhofer ISE)

Der Betrieb des Kernkraftwerks Philippsburg liegt nicht in der Verantwortung der Stadt Karlsruhe. Die Verwaltung empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	x	Nein		Ja
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	Nein		Ja
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	Nein		Ja
				Korridor Thema: durchgeführt am abgestimmt mit